

In aller Vorsicht sondieren ein paar Deutsche und Israelis über Möglichkeiten der Entschädigung. Den heimlichen Kontakten folgen monatelange Verhandlungen, offiziell und zäh. Doch kurz vor dem Treffen zwischen den Hinterbliebenen des Terrors und den politischen Spitzen des Landes droht der Eklat. – Nein, hier geht es nicht um den 5. September 2022. Die Sätze beziehen sich nicht auf den geplanten Gedenkakt für die elf Israelis, die bei den Olympischen Spielen in München vor 50 Jahren in die Gewalt eines Palästinenserkommandos gerieten und getötet wurden, neun von ihnen erst während des katastrophal gescheiterten Versuchs ihrer Befreiung auf dem Flugplatz von Fürstenfeldbruck. Die Beschreibung verweist vielmehr zwei Jahrzehnte weiter zurück: auf den Weg zum sogenannten Wiedergutmachungsabkommen, das Bundeskanzler Konrad Adenauer und Israels Außenminister Mosche Sharett am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichneten und dessen 70. Jahrestag demnächst ebenfalls gewürdigt werden soll. Und doch ist man beinahe geneigt, an Wiederholungszwang zu glauben. Denn heute wie damals stehen Schuldfragen unbeantwortet im Raum, wird hart um finanzielle Leistungen gerungen und fühlen sich Angehörige der Opfer auf Neue verletzt angesichts deutscher Knauerigkeit. Heute wie damals geht es um die Anerkennung von Leid – und darum, dass die Bundesrepublik vor aller Welt Verantwortung übernimmt.

Wiedergutmachung

Der Begriff war schon immer problematisch. Heute stoßen sich viele daran. Aber der Gedanke bleibt richtig – und auf verstörende Weise aktuell

VON NORBERT FREI

terer Wortgefecht mit dem Kanzler, dass ein Eklat nur mit Mühe abzuwenden war. Als einer der härtesten Gegner des ausverhandelten Vertrags hatte Schäffer ein halbes Jahr zuvor sämtliche Oberfinanzdirektionen der Republik angewiesen, die während der Schwarzmarktzeit nach 1945 von Juden begangenen Steuer- und Devisendelikte zu erfassen. Ziel dabei war es, so der Historiker Constantin Goshler, eine Gegenrechnung zu den jüdischen Entschädigungsforderungen aufzumachen. Doch dagegen rebellierte schließlich sogar Schäffers eigenes Ministerium.

Viele in ihrem Antisemitismus befangene Deutsche sahen sich als die eigentlichen Opfer

Jetzt missfiel dem CSU-Politiker nicht nur der Text der Präambel, der die „unsagbaren Verbrechen gegen das jüdische Volk“ beklagte und die von Israel getragene „schwere Last“ anerkannte, die mit der Eingliederung der entwurzelten jüdischen Flüchtlinge verbunden war. Mehr noch monierte er als zuständiger Ressortchef die fehlende Deckung der vorgesehenen ersten Jahresrate von 200 Millionen D-Mark. Außerdem, so Schäffer, hätten die zugesagten Leistungen – 3,45 Milliarden D-Mark über 14 Jahre – „wesentlich niedriger gehalten werden können, wenn die Einwanderer aus nicht-deutschen Ländern außer Betracht geblieben wären“. Auf wen sich diese Kaltherzigkeit bezog, ließ das Protokoll offen. Vermutlich meinte der Minister Juden aus Osteuropa, die dem Holocaust entkommen waren und inzwischen in Israel lebten.

Wegen anhaltender Kritik aus den eigenen Reihen brachte Adenauer das Abkommen ein halbes Jahr später nur dank der Unterstützung der sozialdemokratischen Opposition durch den Bundestag. Erst jetzt, im März 1953, waren neben den Leistungen an Israel auch die von Nahum Goldmann verhandelten Zahlungen an jüdische Organisationen in aller Welt gesichert, die sich zur Claims Conference zusammengeschlossen hatten und Ansprü-

che auf sogenanntes erbenloses Vermögen geltend machten. Nicht zuletzt deshalb war das Abkommen ein politisch-moralischer Meilenstein in der Fortentwicklung des internationalen Rechts: Erstmals hatte eine junge Demokratie in der Nachfolge eines Gewaltregimes für dessen Großverbrechen völkerrechtlich bindend Verantwortung übernommen. Für die deutsch-israelischen Beziehungen, die offiziell erst im Mai 1965 aufgenommen werden sollten, erwies sich das Wiedergutmachungsabkommen als ein entscheidender Schritt. Von nun an war man im Gespräch: nolens volens, allen Schwierigkeiten und begrifflichen Befangenheiten zum Trotz. Die zähe Praxis der Rückerstattung von „arisiertem“ Vermögen trug zu diesen Schwierigkeiten ebenso bei wie die bürokratisch weiterentwickelte Individualentschädigung von NS-Verfolgten, um die sich natürlich auch die in Israel lebenden deutschen Juden bemühten. „Wiedergutmachung“ wurde zu einem komplizierten, oft ernüchternden und bis heute nicht abgeschlossenen Lernprozess.

Gleichwohl haben sich die Dinge in sieben Jahrzehnten sehr verändert. Wer sich davon einen Eindruck verschaffen will, der gehe auf die Homepage des Bundesfinanzministeriums. Dort feiert Christian Lindner, von der Öffentlichkeit unbenannt, seit Anfang Juni das „Gedenkjahr der Wiedergutmachung 2022“. Millionen von Akten sollen in den nächsten Jahren auf einem „Themenportal Wiedergutmachung“ zusammengeführt werden. Ein „einmaliges Dokumentenerbe“ für die Forschung, „vor allem aber gegen das Vergessen“, so Lindner. In Zeiten, in denen manche das Erinnern zu einer „Frage des politischen Anstands“ verzweifeln wollen, ist das fast ein Statement.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Jena. Seine Kolumne erscheint alle vier Wochen an dieser Stelle.

Bundeswehr hat weiter Probleme in Mali

Berlin – Die Bundeswehr hat den Austausch ihrer Soldaten in Mali wieder aufgenommen, nachdem die dortige Militärjunta in der Vorwoche die Überflugerlaubnis für einen Flug verwehrt hatte. Mit einer Zivilmaschine starteten am Donnerstagmorgen 88 Soldaten der UN-Friedensmission Minusma und fünf Soldaten der EU-Ausbildungsmission EUTM in Richtung Mali. Geplant war auch, deutsche Soldaten aus Mali zurück nach Deutschland zu fliegen.

Gelöst sind die Probleme mit dem Einsatz damit allerdings nicht. Laut Bundeswehrministerium bestehen weiterhin keine Überfluggenehmigungen für militärische Flüge, weder für Transportmaschinen der Bundeswehr vom Typ A400M noch für etwaige Rettungsflüge eines zivilen Dienstleisters zwischen Niamey und Gao oder für Versorgungsflüge der Bundeswehr, die ebenfalls von einem zivilen Anbieter abgewickelt werden.

Zudem sind nach dem endgültigen Abzug der französischen Truppen aus Mali offenbar russische Soldaten auf dem Flugplatz von Gao eingetroffen, in dessen unmittelbarer Nähe sich das deutsche Feldlager befindet. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, sagte der Süddeutschen Zeitung, es sei „ziemlich unerträglich“, dass nun offensichtlich russische Soldaten den Flughafen kontrollieren. Die frühere Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel habe gewusst, dass die Franzosen abziehen, sich aber nicht rechtzeitig darum gekümmert, dass die Bundeswehr als zweitgrößter Truppensteller der UN-Mission den Flughafen Gao sichern könne.

FDP fordert „neue Strategie“ von Baerbocks Ministerium

Sie forderte umgehend „eine neue Strategie unter Federführung des Auswärtigen Amtes“. Die Soldatinnen und Soldaten vor Ort könnten bei ihrem Mandat nur wirken, wenn sie die nötigen Mittel dazu bekämen, so gut wie möglich ihre eigene Sicherheit zu wahren. Die Grünen-Verteidigungspolitikerin Agnieszka Brugger verlangte, die Militärjunta von Oberst Assimi Goïta müsse mit den „ständigen Spielchen und Provokationen“ aufhören.

Beide warnen aber auch vor den Folgen eines möglichen Abzugs des deutschen Kontingents. Es könne nicht im deutschen Interesse sein, dass sich der internationale Terrorismus in der ohnehin instabilen Sahelzone weiter ausbreite oder Flüchtlingsströme Richtung Europa ausgelöst würden, sagte Strack-Zimmermann. Brugger sagte, ein Abzug würde auch bedeuten, „die Vereinten Nationen sehr stark im Stich zu lassen“. **PAUL-ANTON KRÜGER**

Mobilisieren für den „Wutwinter“

Gas, Strom und Lebensmittel werden teurer, da ist mit Protest zu rechnen. Bekannte Verschwörungsideologen wie Ken Jepsen machen sich Ängste und Unmut zunutze – um erneut auf Telegram gegen den Staat zu agitieren

VON CHRISTOPH KOOPMANN

München – Bei Ken Jepsen, dem aus Funk und Fernsehen und zuvorderst Telegram bekannten Verschwörungsideologen, geht es jetzt um die Wurst. Sein großes Thema war von 2020 an eigentlich Corona, aber nun hat er wiederentdeckt, was er schon nach der Krim-Annexion 2014 am Wickel hatte: seine Moskautreue. Auf seinem Telegram-Kanal macht Jepsen vor 152.000 Abonnenten Stimmung gegen die Sanktionen des Westens. Weil deshalb „eine massive Wirtschaftskrise“ drohe, wirbt er nun für Trockenfleisch, „damit die Familie im Notfall versorgt ist“.

Besonders viele Follower hat Eva Herman, die einstige „Tagesschau“-Sprecherin

Hatte Jepsen in den ersten Kriegswochen noch unermüdlich Rechtfertigungen für Russlands Überfall auf die Ukraine gepostet, so schürt er nun Ängste. Vor einer Versorgungskrise, ja Existenzkrise, weil die Lebensmittel knapp würden und das Gas exorbitant teuer – woran nur die Bundesregierung schuld sei, nicht etwa Putin.

Wie Jepsen sind viele Verschwörungsideologen und Rechte auf Telegram im Frühjahr zunächst fast geschlossen in der Disziplin der Putinverteidigung angetreten. Doch der Fokus verlagert sich gerade: „Jetzt werden die Konsequenzen für Deutschland thematisiert, insbesondere die Gaspreise“, sagt Lea Gerster vom Think-tank Institute for Strategic Dialogue (ISD).

Was ja stimmt: Gas, Strom und Lebensmittel werden teurer. In einer Umfrage der Unternehmensberatung McKinsey gaben schon vor einem Monat 48 Prozent der Befragten die Inflation als größte Sorge an. Tendenz steigend. Thüringens oberster Verfassungsschützer Stephan Kramer etwa warnt, Extremisten könnten legitime Proteste unterwandern, Wut anfachen. Im Vergleich zu dem, was da „realistisch“ drohe, seien die Querdenken-Proteste zu Corona „ein Kindergeburtstag“ gewesen.

Verschiedentlich ist jetzt von einem „heißen Herbst“ zu lesen, von einem drohenden „Wutwinter“. Kramers Kollegen vom Bundesamt für Verfassungsschutz warten am Mittwoch, dass Radikale sich dafür in Stellung bräuchten, die Kriegsfolgen für ihre Zwecke zu missbrauchen. Ihre Instrumente: Social Media und Messenger. Dort agitiert gerade eine diffuse Szene, manche klar rechtsextremistisch, andere verschwörungsgläubig und gezielt Misstrauen in

den Staat säend. In Sachen Ukraine-Krieg und Teuerung ist Lea Gerster vom ISD zufolge zu beobachten, dass vor allem jene diese Themen zu kapern versuchen, „die schon durch Corona aufgefallen sind“.

Eine mit der größten Followerschaft ist die einstige Tagesschau-Sprecherin Eva Herman (205 000 Telegram-Abonnenten). Sie beschränkt sich meist darauf, Artikel anderer in ihrem Kanal zu posten. Fragen der Süddeutschen Zeitung nach ihrer Haltung zu Kriegsschuld, Sanktionspolitik und Postings in ihrem Telegram-Kanal beantwortete Herman nicht inhaltlich. Andere reichweitenstarke Akteure sind der frühere Journalist Oliver Janich (150 000) und der Arzt Bodo Schiffmann (159 000). Lea Gerster beobachtet bei ihnen ein typisches Narrativ: „Alles wäre einfacher für uns, würde Deutschland den ‚Wirtschaftskrieg‘ gegen Russland beenden.“

Speziell der für viele Gasfragen zuständige grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck gerät ins Visier. Neulich marschierten Wütende durch die sächsische Kleinstadt Heidenau, weil sie Habeck symbolisch „den Prozess“ machen wollten. Dazu hatte die rechtsextremistische Kleinstpartei Freie Sachsen aufgerufen, 150 000 Abonnenten auf Telegram. Dort wirbt sie für neue Montagsdemonstrationen – „gegen den Wahnsinn“ der Energiekrise.



Sie sind tonangebende Akteure einer russlandfreundlichen Szene, die viele Anhänger hat – zumindest auf Telegram: Ken Jepsen, Bodo Schiffmann und Alina Lipp (von li.). FOTOS: ARNULF HETTRICH/IMAGO, JENS BÜTTNER/DPA, INSTAGRAM/NEUESAUSSRUSSLAND



Gebührenfinanziert

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland lebt von den Gebühren des Publikums – und seinem Image, diese Beiträge verdient zu haben. Der Programmauftrag lautet, „im Interesse von Informationsfreiheit und Demokratie, ein vielfältiges, umfassendes und ausgewogenes mediales Angebot zu sichern“; dazu gehört auch Unterhaltung (im Bild: Orchester im Studio des NDR in Hamburg, durch das Fenster der Aufnahmeleitung gesehen, 50er-Jahre). Für

ihre Besetzungszonen führten die Westalliierten dieses Modell ab 1945 nach dem Vorbild der britischen BBC ein. Die Sender sind Anstalten des öffentlichen Rechts, was die Affäre um Patricia Schlesinger zu einem solchen Politikum macht. Die Vorwürfe an sie, Vetterwirtschaft, Vorteilsnahme und Verschwendung, geben den Kritikern der Öffentlich-Rechtlichen Aufwind. Schlesinger trat als RBB-Intendantin und ARD-Vorsitzende zurück. Am Montag dieser Woche hat sie der RBB-Rundfunkrat mit sofortiger Wirkung vom Amt abberufen. **JKÄ**

Lapid dankt Scholz für Telefonat

Kanzler spricht mit israelischem Premier über Abbas-Äußerung

Berlin – Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat in einem Telefonat mit dem israelischen Ministerpräsidenten Jair Lapid seine Empörung über die Holocaust-Äußerung von Palästinenserchef Mahmud Abbas während einer Pressekonferenz im Kanzleramt bekräftigt. Scholz habe betont, dass er jeden Versuch, den Holocaust zu leugnen oder zu relativieren, scharf verurteile, teilte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Donnerstag mit. Die Berliner Äußerungen von Abbas seien für Scholz und die Bundesregierung „unverträglich und völlig inakzeptabel“. Er freue sich auf einen baldigen Besuch von Lapid in Berlin, schrieb Scholz auf Twitter. Lapid twitterte, er habe dem Kanzler für die Verurteilung der empörenden Äußerungen „als israelischer Ministerpräsident und Sohn von Holocaust-Überlebenden“ gedankt.

Bundespräsident Steinmeier will kurzfristig nach Israel reisen

Abbas hatte am Dienstag bei einer Pressekonferenz mit Scholz Israel „50 Massaker, 50 Holocausts“ vorgeworfen, worauf Scholz nicht unmittelbar reagiert hatte. Die Verantwortung dafür übernahm Hebestreit, weil er den Termin beendet habe, ohne Scholz Gelegenheit zur Erwidderung zu geben. Gefallen war die Äußerung nach der Frage, ob Abbas sich bei Israel und Deutschland für den Terroranschlag auf israelische Sportler bei den Olympischen Spielen 1972 entschuldigen werde. Am 5. September finden in München und Fürstenfeldbruck Gedenkfeiern statt, die von der Absage der Hinterbliebenen der Opfer überschattet werden. Diese protestieren gegen weit hinter ihren Forderungen zurückbleibende Entschädigungsangebote.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier will sich nach israelischen Medienberichten mit den Hinterbliebenen treffen, um den Konflikt zu entschärfen. Geplant ist demnach eine kurzfristig angesetzte Reise nach Israel. Das Präsidentsamt bestätigte das nicht, teilte aber mit, Steinmeier sei der persönliche Austausch mit den Hinterbliebenen ein besonderes Anliegen, da ihnen auch das Versagen der deutschen Behörden großes Leid zugefügt habe.

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, nahm Scholz derweil gegen Kritik in Schutz. „Ich glaube, hier war es vor allem ein Kommunikationsproblem zwischen dem Bundeskanzler und seinem Regierungssprecher“, sagte er am Mittwochabend in der ARD. Scholz’ Haltung zu Israel und Antisemitismus sei „ganz klar“. **DANIEL BRÖSSLER**

POLITIK